

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 189 (2023)
Heft: 10

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DEUTSCHLAND

Es fehlen genügend Rekruten

Die Bundeswehr steht vor einer herausfordernden Aufgabe: genügend Soldaten zu rekrutieren. Verschiedene Analysen kommen zum gleichen Ergebnis: Die Schwierigkeiten bei der Anwerbung neuer Rekruten nehmen nicht ab. Verteidigungsminister Boris Pistorius betrachtet das Finden ausreichend vieler Soldaten für die Bundeswehr als «Mission Impossible». Der Bund hat Probleme, genügend qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber zu gewinnen, so dass der Personalbedarf kaum gedeckt werden kann. Dies beeinträchtigt direkt die Fähigkeit der Bundeswehr, ihre Aufgaben effizient zu erfüllen. «Wir haben in diesem Jahr sieben Prozent weniger Bewerber im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres», erläuterte Pistorius. Bis



Verteidigungsminister Pistorius spricht im Karrierezentrum. Bild: Bundeswehr

2031 möchte die Bundeswehr über 203 000 Soldaten verfügen, 20 000 mehr als heute. Der Erfolg dieses Vorhabens hängt natürlich auch von der Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeberin ab. Hier gibt es grossen Nachholbedarf. Aktuell brechen 30 Prozent ihre militärische Laufbahn ab und orientieren sich um. «Das hat viel mit Erwartungen, Erwartungsmanagement, eventuellen Missverständnissen und in einigen Fällen mit übermässigen Anforderungen zu tun», so Pisto-

rius. Kritisch betrachtet er die aktuelle Werbekampagne, in der überwiegend Jets, Fallschirmjäger, U-Boote und Spezialkräfte präsentiert werden. Dies entspricht nicht dem Bild, mit dem die meisten Rekruten konfrontiert werden. «Die Bundeswehr ist kein Hollywood», betont Pistorius und fordert realistischere Stellenanzeigen. «Bis 2050 wird es zwölf Prozent weniger Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren geben», weiss er. Ein besonderes Problem stellt der geringe Anteil weiblicher Soldaten

dar. Obwohl Frauen seit 2001 in der Armee dienen dürfen, bleibt ihre Präsenz niedrig. Es sollen nun gezielte Massnahmen ergriffen werden, um Frauen attraktive Karrierechancen aufzuzeigen. Der Schwerpunkt liegt auf finanziellen Anreizen und einer ausgewogenen Work-Life-Balance. Eine angemessene Bezahlung und attraktive Zusatzleistungen könnten mehr junge Menschen für den Dienst in der Armee begeistern. 2022 haben die sechs landesweiten Karrierezentren mit über 300 Veranstaltungen versucht, mehr Interessenten zu gewinnen. Doch der Prozess von erstem Interesse bis zur Kontaktaufnahme dauert offenbar zu lang. Pistorius ist klar: «Wer nicht schnell genug ist, verliert.» Da helfen auch keine 34 Millionen Euro, die jährlich für die Rekrutierung investiert werden. *pk*

IRLAND

Neutralität steht in Frage

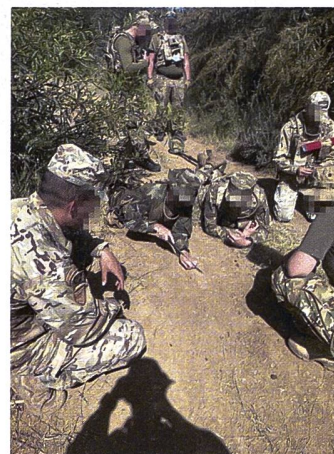
Auch Irland erlebt angesichts des Ukraine-Kriegs intensive innenpolitische Diskussionen. Aktuell steht in der Inselrepublik die eigene Neutralitätspolitik im Mittelpunkt der öffentlichen Debatte. Präsident Michael D. Higgins und die irische Regierung müssen entscheiden, ob sie die traditionelle Neutralität aufgeben und der Ukraine direkte militärische Unterstützung anbieten. Die Bevölkerung hinterfragt ihre Neutralitätshaltung. Das Bewusstsein, dass die Ukraine dringend Hilfe benötigt und Irland als neutrales Land eine besondere Rolle spielen könnte, hat die Neutralitätsdis-

kussion zu einem zentralen politischen Thema gemacht. Higgins betonte Irlands moralische Verantwortung, der Ukraine zu helfen, und argumentiert, dass die traditionelle Neutralität angesichts der humanitären Krise überdacht werden müsse. Die Regierung hat bereits zugestimmt, militärische Ausbildung für ukrainische Soldaten bereitzustellen, um deren Verteidigungsfähigkeit zu erhöhen.

Doch die Entscheidung, militärische Unterstützung zu leisten, ist umstritten. Kritiker sehen die Neutralität Irlands in Gefahr und befürchten eine Belastung der Beziehungen zu Russland. Aktuelle Umfragen zeigen, dass die Mehrheit der Bevölkerung gegen eine Änderung der Neutralitätspolitik ist, aus Sorge vor einer Eskalation des Konflikts. Die Regie-

rung muss eine Entscheidung treffen, die den moralischen Verpflichtungen gegenüber der Ukraine und den Bedenken der eigenen Bevölkerung Rechnung trägt. Es wird erwartet, dass diese Diskussion in den nächsten Monaten intensiviert wird. Parallel dazu hat Irland sich im

Rahmen der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU neutralitätskonform bereiterklärt, an einer grösseren Trainingsmission für ukrainische Soldaten teilzunehmen. Obwohl ursprünglich geplant war, mit rund 30 irischen Experten Ukrainer in Landminenräumung, Kampfmedizin und anderer nicht-lethaler Unterstützung auszubilden, wurde das Programm angepasst. Es wurden letztendlich auch Waffenausbildungen integriert, die im Juli von der Regierung genehmigt wurden. In Dublin wurde jedoch betont, dass keine Waffen geliefert werden würden. *pk*



Ein irischer Soldat bildet ukrainische Minenräumer aus. Bild: Irish Defense Forces

POLEN

Aufrüstung wird fortgesetzt

Im September unterzeichnete Polen einen Vertrag mit Lockheed Martin für den Kauf von 486 High Mobility Artillery Rocket Systems (Himars-Werfer). Der im Wert von rund 414 Millionen US-Dollar stehende Deal ist ein Teil von Polens Bemühungen, seine militärischen Kapazitäten zu modernisieren und weiter zu stärken. Dies ist bereits die zweite Bestellung innerhalb eines Jahres. Die Himars-Werfer werden in den USA produziert und sollen in den kommenden Jahren nach Polen geliefert werden. Himars ist ein hochmobiles Artillerie-Raketensystem, das verschiedene Raketen und Lenkflugkörper abfeuern kann. Es ermöglicht präzises Bogenfeuer und kann Ziele in einer Entfernung von bis zu 300 Kilometern treffen. Aufgrund seiner Vielseitigkeit und schnellen Bereitstellungszeit ist es ideal für Polens Verteidigungsan-

forderungen. Die Vertragsunterzeichnung wird als signifikante Massnahme zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeiten Polens und seiner Position innerhalb der NATO betrachtet. Polen hat in den letzten Jahren seine Verteidigungsausgaben deutlich aufgestockt und seine militärische Ausrüstung modernisiert. Die neuen Artilleriewerfer werden dem Land eine präzise Schlagfähigkeit über grosse Entfernungen bieten, was zur nationalen Sicherheit beiträgt. Neben dem Kauf plant Polen auch, ein Service- und Wartungszentrum für das System einzurichten, das Wartungs-, Reparatur- und Schulungsdienste anbieten wird, um die Einsatzbereitschaft des Systems zu gewährleisten. Polen investierte dieses Jahr bereits in diverse Verteidigungssysteme, einschliesslich Kampfflugzeuge, U-Boote und Raketenabwehrsysteme. Ein Hauptziel dieser Anschaffungen ist die kollektive Verteidigung im Rahmen der NATO, was vor dem Hintergrund des Kriegs in der Ukraine und der anhaltenden Bedrohung an der NATO-Ostflanke gesehen werden kann. *pk*



Ein Teil der ersten Lieferung polnischer Himars-Werfer.
Bild: Polnisches Verteidigungsministerium

JAPAN / RUSSLAND

Kurilen neu ohne Luftverteidigung?

Russland hat Raketen von den umstrittenen Kurilen, einer Inselgruppe, die Japan für sich be-

anspricht, abgezogen. Auf Satellitenbildern ist erkennbar, dass mehrere S-300V4-Luftabwehrsysteme von den Kurilen-Inseln verlegt wurden. Japanische Experten berichten, dass auch Panzer und Artillerie, die zuvor auf einem russischen Militärstützpunkt auf der benachbarten Insel Sachalin stationiert waren,

FINNLAND

Anpassung der Entwicklungshilfe

Finnland plant, die Entwicklungshilfe für Länder zu kürzen, die Russland im Ukraine-Krieg unterstützen. Diese Entscheidung wurde von der neuen, seit Juni im Amt befindlichen finnischen konservativ-populistischen Regierung getroffen. Damit sendet sie ein klares Signal an alle Länder, die sich nicht an internationale Normen und Prinzipien halten. «Wir können nicht akzeptieren, dass Staaten, die Russland unterstützen, gleichzeitig von unserer Entwicklungshilfe profitieren», sagt Elina Valtonen, finnische Aussenministerin. Die Entscheidung, die Entwicklungshilfe zu kürzen, ist Teil einer breiteren Strategie Finnlands, um den Druck auf Russland zu erhöhen. Finnland hat bereits eigenständig Sanktionen gegen einzelne russische Beamte verhängt. Die militärische Präsenz entlang der Grenze wurde ebenfalls, und das nicht erst seit dem NATO-Beitritt, verstärkt. «Wir müssen unsere Entschlossenheit zeigen und deutlich machen, dass wir keine Kollaboration mit Moskau belohnen», betonte der finnische Verteidigungsminister Antti Häkkinen. Die Entscheidung, die Entwicklungshilfe zu kürzen, hat bereits zu internationalen Reaktionen geführt. Einige Länder, die Russland un-

terstützen, haben sie als Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten kritisiert. Russland selbst bezeichnet die Massnahme als «unfreundlichen Akt». Die vierparteiliche, rechtsgerichtete Regierung unter Ministerpräsident Petteri Orpo, die kürzlich ein Misstrauensvotum infolge rassistischer Aussagen und teils nationalsozialistischer Sympathien «überlebte», bleibt jedoch standhaft. Offiziell wird betont, dass die Hilfskürzungen im Einklang mit internationalen Normen und Prinzipien stehen. Denn die Unterstützung für Russland im Ukraine-Krieg wird als Verstoss gegen das Völkerrecht und die Souveränität der Ukraine betrachtet. Verständlicherweise hat die Kürzung der Entwicklungshilfe direkte Auswirkungen auf die betroffenen Länder. Sie werden nun weniger finanzielle Unterstützung erhalten, um ihre Entwicklungsprojekte umzusetzen. «Es ist bedauerlich, dass wir unsere Hilfe kürzen müssen, aber wir müssen klare Konsequenzen für solche Handlungen setzen», sagte der finnische Entwicklungsminister Ville Tavio. «Es ist wichtig, dass wir unsere Ressourcen effektiv einsetzen und Länder unterstützen, die sich an internationale Normen halten.» Konkret sollen über 250 Millionen Euro eingespart werden. Dabei wurden 13 Projekte genauer überprüft. Die Regierung vermied es jedoch, namentlich die betroffenen Länder zu nennen. *pk*

verlegt wurden. Die Inselgruppe der Kurilen ist seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zwischen Russland und Japan umstritten. Die russische Regierung hat diese Berichte weder bestätigt noch dementiert. Ein Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums erklärte lediglich, dass die Truppenbewegun-

gen im Einklang mit den Plänen und Übungen der russischen Streitkräfte stünden. Die japanische Regierung hat die Berichte über den Abzug der Raketen zur Kenntnis genommen, hat jedoch keine offizielle Stellungnahme dazu abgegeben. Japan hat wiederholt seine Ansprüche auf die Kurilen-Inseln

bekräftigt und von Russland die Rückgabe der Inseln gefordert. Russland übernahm die Kontrolle über die Inseln, nachdem im Rahmen des San-Francisco-Friedensvertrags von 1951 keine gemeinsame Lösung für die Inselgruppe gefunden wurde. Japan behauptet seither, dass die Inseln zu seinem Hoheitsgebiet gehören und fordert deren Rückgabe. Experten sind sich uneinig über die Gründe für den Raketenabzug. Einige vermuten, Russland versuche, die Spannungen mit Japan zu verringern und möglicherweise Verhandlungen über die umstrittenen Inseln zu erleichtern. Andere glauben, der Abzug der Raketen sei lediglich eine taktische Entscheidung zur Stärkung der russischen Verteidigung, insbesondere im Hinblick auf den Krieg in der Ukraine. Laut Berichten erlitt eine Marinereinfanteriebrigade aus der Re-

gion Wladiwostok in der Ukraine grosse Verluste. Es ist auch bekannt, dass Bewohner der Kurilen von Moskau zur Teilnahme am Kampf in der Ukraine zwangsrekrutiert wurden. Generell sind die Spannungen zwischen Russland und Japan in den letzten Jahren gestiegen, insbesondere wegen Streitigkeiten über die Kurilen-Inseln. Beide Länder haben ihre militärische Präsenz in der Region verstärkt, was international Besorgnis erregt hat. Erst Mitte August wurde eine russische Flagge auf einem Leuchtturm der Inselgruppe Habomai gehisst, die mit knapp 30 Kilometer Entfernung direkt an die nördlichste japanische Insel Hokkaido grenzt. Die Flagge wurde entdeckt, nachdem sich ein russisches Forschungsschiff zwei Wochen zuvor in unmittelbarer Nähe zum Leuchtturm aufgehalten hatte. Einen Kom-



Russische Raketentransporter auf den Kurilen. Bild: Russisches Verteidigungsministerium

mentar zu dieser Situation lieferte Dimitri Medwedew, stellvertretender Vorsitzender des russischen Sicherheitsrats (dessen Vorsitzender Präsident Putin ist). Am 3. September, dem Tag der Kapitulation Japans im Zweiten Weltkrieg, warnte er vor einer zunehmenden Bedrohung durch Japan und erklärte diesen Tag zum «Tag des Sieges über das militaristische Japan». Für

Russland sei es «bedauerlich, dass die japanischen Behörden einen Kurs zur Aufrüstung verfolgen», so Medwedew. Dies geschehe im Einklang und mit Unterstützung der USA und ziele darauf ab, die Region um die umstrittenen Gebiete zu destabilisieren. *pk*

Morgartentradition erleben

am 15. November 2023



Programm + Info
siehe QR-Code

skyguide

beyond horizons

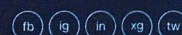
Werde dipl. Flugverkehrsleiter:in HF Bewirb Dich jetzt für die Ausbildung

Bewerbungen können laufend eingereicht werden.

BE A
#GUARDIAN
OFTHESKY

Besuche jetzt unsere
Berufsinfoveranstaltungen:
skyguide.ch/events

Weitere Informationen:
skyguide.ch/future



CHINA

Subtile Expansion auch Richtung Russland

China hat eine neue Karte veröffentlicht, auf der russisches Territorium als Teil des eigenen Reiches dargestellt wird. Zwar hat Moskau dies zunächst stillschweigend akzeptiert, mit dem Verweis, gute Freunde nicht brüskieren zu wollen, doch letztendlich führte es zu diplomatischen Spannungen. Russland lehnte die Karte ab und erklärte, dass sie gegen das Völkerrecht verstiesse. Peking versucht mit einer Neuauflage seiner topo-

graphischen Karten, Tatsachen zu schaffen. Davon betroffen sind mehrere territoriale Streitigkeiten mit Nachbarn wie Indien, Japan, Russland und Vietnam. Die neue Karte zeigt die russische Region Transbaikalien als Teil der chinesischen Provinz Heilongjiang. Für den Kreml ist das ein No-Go. Dort betont man, dass Transbaikalien ein integraler Bestandteil Russlands ist. Mit Indien gibt es einen langjährigen Konflikt um die Region Arunachal Pradesh, die von China als Teil des Süd-Tibet-Territoriums beansprucht wird. Und Japan liegt mit China wegen der Senkaku-Inseln im Ostchinesischen Meer im Streit, welche von beiden Ländern beansprucht

werden. Im Streit mit Vietnam geht es um das Südchinesische Meer, in dem China Anspruch auf grosse Teile eines umstrittenen Gebiets erhebt. Verständlich, dass die Veröffentlichung der neuen Karte in der internationalen Gemeinschaft für Besorgnis sorgt. Die Auswirkungen dieser territorialen Ansprüche auf die regionale Stabilität dürften nicht deeskalierend sein. Solche Aktionen bergen stets das Potenzial, Konflikte zu verschärfen und die Beziehungen zwischen den betroffenen Ländern zu belasten. Die Veröffentlichung der Karte wird als Teil einer grösseren Strategie betrachtet, um Chinas Einfluss in der Region zu erweitern

und seine Macht zu festigen. Um die regionale Stabilität zu gewährleisten, wäre eine koordinierte internationale Reaktion notwendig. Andernfalls dürften Chinas territoriale Ansprüche kaum einzudämmen sein. International wird genau beobachtet, wie China auf die Ablehnung seiner Karte durch Russland und andere Länder reagiert. Es ist zu erwarten, dass die territorialen Streitigkeiten in den kommenden Jahren eine anhaltende Herausforderung für die regionale Sicherheit darstellen werden. *pk*

PHILIPPINEN

Mit den USA gegen China

US-Militärs führen derzeit Gespräche über den Bau eines Hafens auf den Philippinen, der als strategischer Standort für mögliche Operationen zugunsten Taiwans dienen soll. Ziel ist es, die Präsenz des US-Militärs in der Region zu verstärken und dessen Fähigkeit auszubauen, auf potenzielle Bedrohungen zu reagieren. Die Umsetzung des Projekts ist ab Ende 2023 geplant. Im Fokus steht die Einrichtung einer Hafenanlage in Batanes, einer Inselgruppe nördlich des Landes. Dieser Standort hat strategische Bedeutung, da er nur etwa 200 Kilometer von Taiwan entfernt liegt. Ein ausgebauter Hafen in Batanes böte dem US-Militär eine vorgeschobene Operationsbasis, die neben dem «Show of Force»-Charakter auch schnelle Reaktionen auf regionale Sicherheitsherausforderungen ermöglichen würde. Der Hafen diene zudem als logistischer Knotenpunkt für das US-Militär und erleichter-



Der Hafen von Basco, dem Hauptort der philippinischen Provinz Batanes.
Bild: Google Maps

te den Transport von Truppen und Ausrüstung. Laut amerikanischen Behördenvertretern würde ein Hafen in Batanes die Operationsfähigkeit in der Region signifikant erhöhen und zur regionalen Stabilität beitragen. Dieser ermögliche eine effektivere Reaktion auf Bedrohungen und garantiere die Sicherheit der US-Verbündeten. 2022 durften die USA bereits fast doppelt so viele philippinische Militärbasen nutzen wie zuvor, offiziell wegen humanitärer Vereinbarungen. Das Hafenprojekt stiess bei den lokalen Behörden in Batanes auf Zustimmung, da sie darin eine

Möglichkeit sehen, die Wirtschaft anzukurbeln und Arbeitsplätze zu schaffen. Es gibt allerdings auch Bedenken bezüglich der Umweltauswirkungen und der langfristigen Nachhaltigkeit des Projekts. Laut US-Botschafterin Mary Kay Carlson war es die Gouverneurin von Batanes, Marilou Cayco, die mehrere für die amerikanische internationale Entwicklungsbehörde interessante Projekte vorschlug. Dass ein vermeintlich ziviles Hilfsprojekt in Wahrheit ein militärisches Vorhaben ist und nicht überall auf Gegenliebe stossen würde, war zu erwarten. China hat die Philippinen deshalb vor

einer Intensivierung der militärischen Zusammenarbeit mit den USA gewarnt, da dies als Einmischung in die Taiwan-Frage gedeutet werden könne. Die Wasserstrasse zwischen Batanes und Taiwan gilt als Engpass für Schiffe, die zwischen dem Pazifik und dem Südchinesischen Meer verkehren. Das taiwanesisches Verteidigungsministerium gibt an, dass chinesisches Militär dieses Gebiet regelmässig überwacht. In Taipeh besteht daher die Befürchtung, dass die Beteiligung der USA an einem Hafenprojekt die regionalen Spannungen erhöhen könnte. Beobachter betonen die strategische Bedeutung der Philippinen für Taiwan bei einer möglichen chinesischen Invasion. Manila könnte im Falle eines Konflikts als Unterstützungspunkt für Taiwan dienen. Der philippinische Verteidigungsminister Gilbert Teodoro lehnt jedoch eine Zusammenarbeit mit Taiwan strikt ab und betont, dass dies ein Problem zwischen zwei anderen Parteien sei und die Philippinen nicht betreffe. *pk*